

Der britisch-nordische Flottenvertrag

Drahtbericht unseres ständigen Vertreters V.B. 9.2.39.

HG. W. Stockholm, 8. Februar.

Es sind zwar schon einige Wochen ins Land gegangen, seitdem die erste Meldung über die Besprechungen über einen britisch-standinawischen Flottenvertrag in der Presse erschienen ist, die Stellungnahme der schwedischen Marinefachverständigen zu diesem Flottenvertrag, eines großen Teiles der schwedischen Presse und der öffentlichen Meinung ist aber die gleiche geblieben: äußerst ablehnend.

Dem Flottenvertrag zufolge, der von England vorgeschlagen, von der schwedischen Regierung zwar im Prinzip anerkannt, aber noch nicht ratifiziert worden ist, haben sich die standinawischen Staaten — also Schweden, Dänemark und Norwegen — verpflichtet, vor Ausgang des Jahres 1942 keine größeren Kriegsschiffe als 8000 Tonnen zu bauen. Die Armierung der Schiffe ist in dem Vertrag — der, das muß nochmals betont werden, noch nicht endgültig vom schwedischen Reichstag angenommen worden ist — natürlich auch genauestens festgelegt.

Theoretisch gesehen, steht es den standinawischen Staaten frei, größere Kriegsschiffe als 17 500 Tonnen zu bauen; wenn es den standinawischen Marinen paßt, können sie sogar so viele Kriegsschiffe bauen, wie sie wollen, sofern diese mindestens 17 500 und höchstens 45 000 Tonnen groß sind. Doch gerade in der für die standinawischen Staaten in Frage kommenden Größe zwischen 8000 Tonnen und 17 500 Tonnen dürfen sie keine Fahrzeuge bauen. Norwegen und Dänemark tragen sich nicht mit der Absicht, Aufrüstungen zur See durchzuführen. Der einzige Staat im Norden, der ein Interesse daran hat — oder haben sollte —, seine seestrategische Stellung beizubehalten, ist Schweden. Kriegsschiffe mit einer Tonnage von über 17 500 Tonnen kann aber selbst das reiche Schweden nicht bauen. Vielleicht weniger aus dem Grunde, weil das Land die finanzielle Belastung nicht tragen könnte, als vielmehr deshalb, weil große Schiffe nur von geringem Vorteil für Schweden sind. Die seestrategische Lage Schwedens gebietet, daß gerade Kriegsschiffe der kleineren — zwischen 8000 und 17 000 Tonnen — Klasse gebaut werden, nach dem Prinzip „stärker als die schnellen Schiffe der Großmächte, aber schneller als die stärkeren Kriegsschiffe derselben“.

Die Entwicklung des Kriegsschiffbaues vor dem Kriege hatte in Schweden zum Bau der sogenannten „Sverige Klasse“, der „Schwedensklasse“, geführt. Die Fahrzeuge dieser Klasse waren in ihrer Zeit sehr gute Kriegsschiffe. Sie entsprachen der seestrategischen Lage des Landes, weil sie dem genannten Prinzip entsprachen. Sie waren 8000 Tonnen groß, mit 4,28-Zentimeter-Geschützen, 8,15-Zentimeter-Geschützen und leichterem Artillerie bestückt. Die größte Geschwindigkeit betrug 22,5 bis 24 Knoten.

Die folgerichtige Weiterentwicklung des schwedischen Flottenbaues hätte den Bau einer „verbesserten Schwedensklasse“ gefordert. Dem Befehlshaber der schwedischen Marine, Vizeadmiral de Champs, wurde durch seine Regierung der Auftrag zuteil, einen Plan für den Bau neuerer Kriegsschiffe auszuarbeiten. Nach diesem Plan wurde der Regierung der Bau von Fahrzeugen vorgeschlagen, die mit 6,28-Zentimeter- und 8,15-Zentimeter-Geschützen bestückt werden sollten. Darüber hinaus waren leichtere Artillerie und Fliegerabwehrgeschütze vorgesehen. Die Höchstgeschwindigkeit der Schiffe sollte um 32 bis 33 Knoten herum liegen. Die Tonnage aber, die der Vizeadmiral vorschlug, sollte nicht weniger als 14 000 Tonnen betragen.

Der britisch-nordische Flottenvertrag verbietet nun den Bau derartiger Schiffe,

Der schwedische Außenminister hat sich daher, unter Außerachtlassung des Vorschlages von de Champs, im Namen der Regierung mit der englischen Admiralität dahingehend geeinigt, ein anderes Flottenbauprogramm aufzustellen. Es sieht den Bau von Panzerschiffen vor, die eine Wasserverdrängung von 8000 Tonnen aufweisen und 22,25 Knoten Fahrgeschwindigkeit haben. Der Tiefgang soll 5,7 Meter betragen und die Bestückung aus 4,25-Zentimeter-Geschützen, 6,12-Zentimeter-Geschützen und 8,40 Millimeter automatischen Kanonen bestehen. Außerdem sind noch einige leichtere Maschinengewehre vorgesehen. Das — man möchte sagen — Größte liegt darin, daß dieser Fahrzeugtyp bereits im Jahre 1909 — also vor 30 Jahren — einmal vorgeschlagen, aber damals als für Schweden unzureichend verworfen worden ist!

Mit einer Flotte aber, die von vornherein keinem Feinde Widerstand bietet, kann ein Land wie Schweden in keiner Weise dieser Aufgabe gerecht werden. Der Flottenvertrag mit England hat aus diesem Grunde auch Widerstand in den Kreisen der Militärfachverständigen und der Marineleitung gefunden. Die Presse wendet sich ebenfalls gegen den Flottenvertrag und bezeichnet ihn als „eine Vorschubleistung der englischen strategischen Politik in Skandinavien unter Aufgabe der standinawischen Selbständigkeit auf der Ostsee und im Atlantischen Ozean“. In „Eingebandt“ und fast täglichen Leitartikeln wenden sich die Presse und die öffentliche Meinung gegen den Flottenvertrag, der dem Reichstag vorgelegt werden soll.

Vizeadmiral de Champs hat wiederholt darauf hingewiesen, daß Schweden eine starke, schnelle und schlagträtige Seewaffe brauche. Nicht nur in der Ostsee seien wichtige schwedische Interessen zu verteidigen, auch im Atlantischen Ozean. In erster Linie bestünde für Schweden die von gewissen Politikern unterschätzte Gefahr vor den sowjetrussischen Seeestreitkräften im Norden Skandinaviens.

Der Flottenvertrag hat somit eine nicht zu unterschätzende politische Note. Es ist ohne Zweifel eine rein schwedische Angelegenheit, wenn der schwedische Außenminister Sandler sich über seine Sachverständigen und Seeoffiziere hinwegsetzt und mit einer ihm genehmen Macht einen Flottenvertrag abschließt. Die Zweckmäßigkeit oder den innerpolitischen Wert eines solchen Flottenvertrages zu beurteilen, mag auch eine rein schwedische Angelegenheit geheißen werden. Von größerem europäischem Interesse ist aber die Tatsache, daß Schweden durch diesen Flottenvertrag so gebunden wird, daß es außerstande sein wird, im Ernstfalle seine Neutralität — die sonst so gepriesen wird — zu verteidigen, daß Schweden damit keineswegs zur Befreiung der Ostsee und seiner Küsten beiträgt.